

«Wir haben grosses Potenzial»

Regierungspräsidentin Barbara Janom Steiner plädiert dafür, 2017 auf die **eigenen Stärken zu vertrauen**. Graubünden könne die Herausforderungen meistern.

► LUZI BÜRKLI

Barbara Janom Steiner richtet zum Jahresbeginn einen Appell an die Bündnerinnen und Bündner: Im Interview mit dem BT als Regierungspräsidentin 2017 wünscht sie sich wieder Zuversicht, dass Graubünden gestärkt aus Krisen hervorgeht. Es brauche dazu nur den Glauben an sich selbst. Dieser trage dazu bei, dass Herausforderungen mit einer positiveren Grundstimmung und Haltung angegangen werden können. «Wir haben ein grosses Potenzial, und wir haben immer bewiesen, dass wir auch in schwierigen Zeiten weiterkommen können», so Janom Steiner.

Als grosse Chance für den Kanton erachtet Janom Steiner eine Kandidatur für die Olympischen Winterspiele 2026, worüber das Bündner Stimmvolk am 12. Februar entscheiden wird. Olympia gebe Graubünden die Gelegenheit, sich auf einer internationalen Plattform mit verschiedenen Kernkompetenzen zu präsentieren. Auch sei es an der Zeit, dass die Bündnerinnen und Bündner wieder ein gemeinsames Projekt verfolgen würden. «Das würde Graubünden gut tun», ist Janom Steiner überzeugt. Gerade eine Olympia-Kandidatur könne dazu beitragen, dass die Zukunft im Kanton wieder positiver wahrgenommen werde.

Finanzpolitisch grosse Brocken

Selbst hat die Finanzdirektorin ein arbeitsreiches Jahr vor sich, gilt es doch – je nach Abstimmungsergebnis am 12. Februar – die Unternehmenssteuerreform III im Kanton umzusetzen. Dazu hat die Bündner Regierung eine Kostenanalyse in Auftrag gegeben, um Entlastungspotenzial im Finanzhaushalt zu erkennen. Das Ergebnis gelte es abzu-



Gut gelaunt beim Interviewtermin: **Barbara Janom Steiner** nimmt das neue Jahr guten Mutes in Angriff. (FOTO OLIVIA ITEM)

warten, so Janom Steiner, es würden aber sämtliche Bereiche – auch der Personalbereich – unter die Lupe genommen. Trotz dieses heiklen Sachgeschäftes freut sich Janom Steiner auf ihr zweites Präsidialjahr. Wie schon 2012 will die BDP-Politi-

kerin auch heuer den Kontakt zur Bevölkerung pflegen. Sie wird alle elf Regionen des Kantons besuchen. Was nach ihrer Amtszeit nach 2018 kommt, lässt sie heute offen.

«Wir sollten zuversichtlich das neue Jahr beginnen»

Barbara Janom Steiner will als **Regierungspräsidentin 2017** alle Regionen des Kantons besuchen, **um den Austausch und den Kontakt zu pflegen.**

Fürs neue Jahr wünscht sie mehr Zuversicht und den starken Glauben daran, **dass Herausforderungen erfolgreich gemeistert werden können.**

► LUZI BÜRKL

BÜNDNER TAGBLATT: Frau Janom Steiner, was sagt Ihnen das Motto «Graubünden sind wir»?

BARBARA JANOM STEINER: Dies war das Motto meines ersten Jahres als Regierungspräsidentin 2012. Wir hatten unter diesem Titel eine Reihe von Begegnungen in allen Sprachregionen des Kantons organisiert. Es war sehr spannend. Ich wollte damit die Regierung für die Bevölkerung ein wenig greifbarer machen.

2017 sind Sie zum zweiten Mal Regierungspräsidentin. Haben Sie ein neues Motto für das Jahr?

Das Motto hat immer noch Gültigkeit. Ich werde in diesem Jahr alle elf Bündner Regionen beziehungsweise deren Präsidentenkonferenzen besuchen. Der Zeitpunkt ist günstig. Die Gebietsreform im Kanton ist umgesetzt, die ins Leben gerufenen Regionen funktionieren. Nun möchte ich erfahren, ob sich noch Fragen stellen und wo wir von Seiten Kanton noch unterstützen können. So kann ich den Kontakt zu den Vertretern der Regionen, aber auch zur Bevölkerung direkt pflegen.

Die Gebietsreform war eines der grossen Projekte aus Ihrer bisherigen Amtszeit. Ist sie rückblickend gelungen?

Ja. Das Ziel war es, zusammen mit der Gemeinde- und der Finanzausgleichsreform schlanke und starke Strukturen im Kanton zu schaffen. Trotz aller Befürchtungen haben wir dieses Ziel erreicht. Die Gemeinden sind heute unabhängiger, und sie können ihre Aufgaben selbstständig wahrnehmen mit einer finanziellen Eigenständigkeit. Doch es ist ein laufender Prozess. Der Abschluss erfolgt mit der Totalrevision des Gemeindegesetzes, die der Grosse Rat in der Augustsession beraten wird. In die Revision fliessen unter anderem Erkenntnisse aus den bisherigen Gemeindefusionen ein. Auch die Finanzaufsicht wird angepasst.

Ein eigenes Buch werden Sie in Ihrem Präsidentschaftsjahr nicht herausbringen?

Ich habe keine Zeit, Bücher zu schreiben. (lacht)

Christian Rathgeb, von dem Sie das Amt quasi übernommen haben, sammelte in seinem Präsidentschaftsjahr für ein Buch Visionen von Graubünden. Politiker kamen dabei bewusst nicht zum Zug. Welche Vision hätten Sie für das Buch zu Papier gebracht?

In diesem Buch sind viele Visionen formuliert. Über Visionen zu schreiben, ist das eine, diese umzusetzen, das andere. Das ist meist schwieriger. Darum überlasse ich die Visionen gerne den anderen und halte ich mich an den früheren deutschen Bundeskanzler Helmut Schmidt, der einmal gesagt hat: «Wer Visionen hat, soll zum Arzt gehen.» Mein Blick richtet sich vielmehr auf die Herausforderungen, die es in diesem Jahr und in naher Zukunft gibt. Diese gilt es gemeinsam zu bewältigen.

Die da sind?

Schon seit einigen Jahren stecken wir in einem schwierigen internationalen Umfeld, geprägt von politischen Instabilitäten, hohen Verschuldungen in vielen EU-Ländern sowie von Wirtschafts- und Finanzkrisen, die bislang erstaunlicherweise gut bewältigt wurden. Der starke Franken und die Negativzinsen belasten Wirtschaft und Tourismus sehr stark. Ausserdem zwingen ein verändertes Konsum- und Freizeitverhalten sowie der fortschreitende Klimawandel zu einem Umdenken. Im Energiebereich sind wir als Wasserkraftkanton aufgrund von internationalen Fehlansätzen zusätzlich vor Herausforderungen gestellt. Ich denke, so lassen



Barbara Janom Steiner empfängt das BT in ihrem Büro am Churer Rosenweg. Vor ihr liegen auf dem Tisch ihre Notizen zum Präsidentschaftsjahr 2017. (FOTO OLIVIA ITEM)

sich die grössten Herausforderungen zusammenfassen. Die Fragen sind: Wie können wir den Wirtschaftsstandort Graubünden stärken und ihn – auch steuerlich – attraktiv gestalten? Wie gelingt es uns, den Tourismus neu zu positionieren? Die Antworten auf diese Fragen haben natürlich auch finanzpolitische Folgen.

So düster wie auch schon sieht es am Finanzhimmel nicht mehr aus. Für 2017 haben Sie beim Kanton ein Minus von «nur» noch 20 Millionen Franken budgetiert. Gehört etwas Pessimismus zum Job einer Finanzdirektorin?

Ich bin nicht pessimistisch, sondern vorsichtig. Eine Finanzplanung ist eine rollende Planung. Immer wieder kommt es vor, dass das Resultat besser ist als die Prognose.

Sie führen damit eine alte Tradition von Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren fort.

Das mag sein. Aber Budgets sind immer mit Unsicherheiten behaftet. Nur ein paar Beispiele, wie wir auch von nationalen Entwicklungen abhängig sind: In der Vergangenheit konnte mit der Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank an die Kantone nur schwer gerechnet werden. Ein neuer Vertrag gibt den Kantonen nun mehr Planungssicherheit. Ab 2020 wird es ein neues Wasserzinsregime geben. Aus unserer Sicht müssen die Wasserzinsen in der heutigen Höhe belassen werden – mit Flexibilität nach oben. Doch die Diskussion weist derzeit eher auf Kürzungen statt Erhöhungen hin, was sich natürlich auf unseren Finanzhaushalt auswirken würde. Auch beim Finanzausgleich unter den Kantonen ist eine für uns eher negative Tendenz feststellbar. Die starken Geberkantone sind unter finanziellen Druck geraten und versuchen Optimierungen zu ihren Gunsten durchzusetzen. Darum muss man immer vorsichtig an einen Finanzplan herangehen, und man darf sich

freuen, wenn das Ergebnis besser ist als prognostiziert.

Inmerkantonal senden Sie derzeit unterschiedliche Signale aus: Sie senken die Steuern für Unternehmen und gleisen ein Entlastungsprogramm beim Staat auf. Nein. Es ist nicht so, dass wir mit dem Budget 2017 nur die Steuern für die juristischen Personen gesenkt haben. Der Kanton hat rekordhohe Nettoinvestitionen von über 270 Millionen Franken geplant sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau. Im gleichen Budget ist ein Impulsprogramm in den Regionen mit Mehrausgaben von fast acht Millionen Franken vorgesehen, die Projektbeiträge zur Wirtschaftsentwicklung werden um 4,8 auf 13 Millionen aufgestockt, und wir haben zehn Millionen Franken

«

Es kann uns niemand vorwerfen, wir hätten nur die juristischen Personen begünstigt.

»

zusätzlich zum Finanzausgleich für die Gemeinden beigesteuert. Im Weiteren haben wir ein Tourismusprogramm 2014 bis 2021, wofür Bund und Kanton 21 Millionen zur Verfügung gestellt haben, und nicht zuletzt gibt es den grossen, mit 80 Millionen Franken gefüllten Topf für die Förderung von systemrelevanten Infrastrukturen. Es kann uns niemand vorwerfen, wir hätten nur die juristischen Personen begünstigt. Im Gegenteil haben wir einen breiten Fächer von Massnahmen beschlossen, um die zuvor erwähnten Herausforderungen anpacken zu können. Dass wir gleichzeitig auch unsere Kosten beim Kanton unter die Lupe nehmen, hat auch mit der Unternehmenssteuerreform III zu tun, über die am 12. Februar abgestimmt wird.

Die Reform hat für den Kanton Minder-einnahmen von 12,8 Millionen zur Folge, wie Sie kürzlich an einem Podium in Chur sagten. Also bevor der Kanton die Reform mit eigenen Mitteln – wie etwa weiteren Steuersenkungen – auffängt, resultiert schon eine Negativbilanz.

Das ist korrekt. Aber sofern die Reform vom Stimmvolk angenommen wird, geht es darum, dass Graubünden interkantonal konkurrenzfähig bleibt. Weitere Massnahmen werden also nötig sein. Wie angekündigt verfolgen wir eine weitere Senkung der Gewinnsteuer für juristische Personen auf unter 15 Prozent. Um diesen Schritt zu finanzieren, loten wir mit der Analyse unser Entlastungspotenzial aus. Jeder Prozentpunkt kostet allein den Kanton rund sieben Millionen Franken, mit den Gemeinden und Landeskirchen zusammen sind es etwa 14 Millionen.

Wo gibt es Sparpotenzial beim Kanton?

Ich will dem Ergebnis der Analyse nicht vorgehen. Dieses wird voraussichtlich im Frühjahr vorliegen.

Gespart wird heute gern beim Personal.

Ich kann dazu jetzt noch nichts sagen. Bei Entlastungsprogrammen ist immer alles möglich. Selbstverständlich schauen wir uns auch den Personalbereich an.

Das sind keine schönen Voraussetzungen für ein Präsidentschaftsjahr.

Ich kann das gut trennen. Ich freue mich auf die kommende Zeit und auf viele neue wie spannende Begegnungen in Zusammenhang mit meinem zweiten Präsidentschaftsjahr. Das Tagesgeschäft selbst ist nie einfach. Umstrittene Geschäfte gehören zum politischen Alltag.

Sind Sie fit fürs Jahr? Im September hatten Sie eine Lungenembolie erlitten. Ja, ich fühle mich wieder fit.

Nach dem Präsidentschaftsjahr geht Ihre Amtszeit dem Ende entgegen. 2018 wird Ihr Nachfolger oder Ihre Nachfolgerin gewählt. Wird die BDP die beiden Sitze in der Regierung halten können?

Ich beurteile diese Chancen als intakt, zumal wir für die Regierungswahlen über hervorragende Kandidaten verfügen. Ich bin zuversichtlich, dass wir 2018 erfolgreich sein werden.

Über Ihre Partei, die BDP, wird immer wieder viel geschrieben ...

... wir sind ja auch schon totgeschrieben worden. Aber die Totgesagten leben länger. Es war uns immer bewusst, dass es nicht einfach werden wird.

Sie meinen die nun eingetretene Ära nach Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf.

Wir wussten, dass es in dieser Ära für die BDP schwieriger werden wird. Die Partei ist heute national weniger in den Medien präsent. Zudem ist es für uns keine Überraschung, dass es ausserhalb der BDP-Stammlande in Graubünden, Glarus und Bern schwierig ist, Fuss zu fassen. Das dauert viele Jahre, bis sich eine Partei wirklich etablieren kann. Zumindest in unseren Stammkantonen darf man auch in Zukunft noch mit uns rechnen.

Bei den letzten Nationalratswahlen 2015 fiel die BDP in Graubünden von 20,45 auf 14,48 Prozent Wähleranteil. Die BDP sei ein Auslaufartikel, sagt die SVP.

Das meint die SVP seit unserer Abspaltung. Dass wir Einbrüche bei der Wählerstärke haben würden, war klar. Schliesslich hatten wir einst enorm von Eveline Widmer-Schlumpf profitiert.

Wenn Sie durch Ihre Reihen blicken, wer sind die neuen Hoffnungsträger der BDP? Es wäre verfrüht, jetzt Namen zu nennen.

Haben Sie persönlich Pläne für die Zeit nach 2018?

Noch nicht. Mein Plan ist, mein Amt noch zwei Jahre voll motiviert auszuüben. Was Ende 2018 sein wird, weiss ich nicht. Ich mag mich jetzt auch nicht darum kümmern, da von dem Zeitpunkt an, an dem man sich solche Gedanken macht, ist man nicht mehr ganz bei der Sache.

Sie sind ja auch noch Mitglied des Bankrats der Schweizerischen Nationalbank.

Ich gehe davon aus, dass dieses Mandat mit meiner Amtszeit als Regierungspräsidentin zu Ende geht, da ich als Finanzdirektorin in den Bankrat gewählt wurde.

Wäre es denkbar, dass Sie neue Aufgaben in der Finanzwirtschaft annehmen?

Ich mache mir jetzt dazu weder Gedanken noch Sorgen.

Früher stand manch angesehenem Politiker der Bankrat der Graubündner Kantonbank offen, heute ist das Gremium entpolitisiert – ein Verdienst von Ihnen. Doch vielleicht gibt es in Zukunft auch prominente Wechsel in der Operative ...

(lacht) Wie gesagt: Ich werde nach meiner Amtszeit sich mir bietende Chancen prüfen und entscheiden.

Wie lautet Ihr Wunsch fürs neue Jahr?

Ich wünsche mir, dass wir zuversichtlich ins neue Jahr gehen. Zuversichtlich

«

Was Ende 2018 sein wird, weiss ich nicht. Ich mag mich jetzt auch nicht darum kümmern.

»

mit dem Glauben und Vertrauen in uns selbst und in Graubünden. In letzter Zeit habe ich etwas den Eindruck gewonnen, dass doch einige zu zweifeln beginnen.

Sie stellen eine Resignation fest?

Keine Resignation, es ist vielmehr ein Jammern und eine gewisse Ohnmacht, die sich zunehmend breit macht. Dabei müssen wir mutig sein für Innovationen und grosse Ideen – wie Olympia.

Womit wir noch beim Thema wären.

Eine Olympia-Kandidatur ist eine grosse Chance für Graubünden. Es ist kein Allerheilmittel, das sämtliche touristischen und wirtschaftlichen Probleme löst. Aber Olympia gibt uns die Möglichkeit, uns auf einer internationalen Plattform zu präsentieren mit all unseren Vorzügen und Kompetenzen, sei es in der Organisation von Grossanlässen oder im Wintersport generell. Wir verfügen über hervorragende Infrastrukturen, und wir können nachhaltige Spiele ausrichten, die Generationen verbinden und unsere Tradition wiedergeben. Zumindest jetzt sollte man Ja sagen, damit ein ausgereiftes Konzept erarbeitet werden kann. Olympia ist nun eine Vision – aber eine, die gemeinsam realisierbar ist. Das würde Graubünden gut tun. Auch wünsche ich mir, man ginge die Herausforderungen mit einer positiveren Grundhaltung an. Wir haben ein grosses Potenzial, und wir haben immer bewiesen, dass wir auch in schwierigen Zeiten weiterkommen. Und letztlich wünsche ich uns allen im neuen Jahr gute Gesundheit.

Barbara Janom Steiner ist 2017 Regierungspräsidentin. Nach 2012 ist es die zweite Krönung ihrer Amtszeit, die 2018 zu Ende gehen wird. Die BDP-Regierungspräsidentin ist Vorsteherin des Departementes für Finanzen und Gemeinden.